

Krisen-Haushalt mit 21 Millionen Euro Defizit in Helmstedt

16.02.2023, 18:13 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten

Von Markus Brich



Die Helmstedter Kanthalle wird nicht mehr als Notunterkunft für Flüchtlinge benötigt. (Archivbild).

© Markus Brich | Markus Brich

Helmstedt. Corona und Krieg belasten Helmstedts Kreis-Etat, aber es gibt auch eine gute Nachricht: Kanthalle wird als Notunterkunft nicht mehr gebraucht.

Diesen Artikel vorlesen lassen:



Mit einem **Fehlbetrag** von rund 21 Millionen Euro rechnet der Landkreis Helmstedt in seinem Haushalt für das laufende Jahr. Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und Energiemangellage nennt Erster Kreisrat Thorsten Wendt als maßgebliche Gründe für das Defizit, das vor allem auf steigende Ausgaben in den Bereichen **Soziales und Jugend** zurückzuführen sei. Die Parteien im Kreistag segneten die Etatplanung mit einem Gesamtvolumen von rund 240 Millionen Euro am Mittwochabend bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung ab.

Für **Investitionen** sieht das Budget in diesem Jahr rund 14,1 Millionen Euro vor, blickte Wendt zuvor auf einige Eckdaten. Davon sollen rund 6,1 Millionen Euro in Schulen und Kindertagesstätten fließen. Für weitere Hochbaumaßnahmen stehen 1,7 Millionen Euro bereit. In den Straßenbau will der Landkreis rund 3,8 Millionen Euro stecken, davon allein 1,3 Millionen Euro für die Kreisstraße 13 bei Frelstedt.

Haushaltsberatungen im Eiltempo

Die **Kritik** der Fraktionen am Zahlenwerk wie auch **Nachbesserungswünsche** fielen moderat aus. Wohl auch, weil die Haushaltsberatungen selbst erst spät und im **Eiltempo** stattgefunden hatten. „Den Entwurf erhielten wir am 20. Dezember, die erste Beratung erfolgte am 17. Januar im Ausschuss für Finanzen und Konsolidierung“, rekapitulierte **SPD-Fraktionsvorsitzender Jan Fricke** und kritisierte: „Darüber hinaus hat der Haushaltsplanentwurf keine einzige Runde durch auch nur einen Fachausschuss gedreht. Kein Teilhaushalt wurde fachlich beraten. Keine fachliche Beratung der Teilhaushalte bedeutet, keine fachliche politische Expertise dessen, was im Plan steht.“

Mit Verweis auf diverse Fachausschusssitzungen im Vorfeld der Entwurfsvorlage schränkte **CDU-Fraktionsvorsitzende Dorothea Dannehl** die Darstellung Frickes ein: „Es ist also nicht so, dass gar keine Ausschussberatungen stattgefunden haben.“ Allerdings kam auch sie in ihrem Statement zu dem Schluss: Das Verfahren zur Haushaltsaufstellung sei in diesem Jahr „**etwas sehr holprig**“ gelaufen. Mit Blick auf das Defizit betonte sie, dass es nicht „die freiwilligen Leistungen sind, die den Landkreis ins Defizit rutschen lassen“. Mit 2,12 Prozent schöpfe der Kreis das laut Kommunalverfassung zulässige Volumen von 5 Prozent nicht aus. „Das ist sehr, sehr sparsam und trotzdem lässt es sich in unserem Landkreis gut leben.“

Geordnete Haushaltswirtschaft nicht mehr möglich

Für die **Grünen** hob **Sybille Mattfeldt-Kloth** „eine denkwürdige Passage“ im Haushaltssicherungskonzept hervor. Darin stellt die Verwaltung fest: „Nach der Flüchtlingswelle 2015, der Corona-Pandemie ab 2020 und jetzt der Ukraine-Krise ab 24. Februar 2022 ist eine geordnete Haushaltswirtschaft nicht mehr möglich. Mehr oder weniger täglich neue finanzielle Herausforderungen lassen die Haushaltskonsolidierung in den Hintergrund treten. Die allgemein herrschende Personalknappheit hat auch den öffentlichen Dienst voll erwischt. Personal, das sich eigentlich mit der Erarbeitung und Umsetzung von Konsolidierungsmöglichkeiten beschäftigen sollte, wird in der Krisenbewältigung eingesetzt.“ Dennoch sei es, so Mattfeldt-Kloth, gelungen, trotz dieser „**schwierigen Gemengelage**“ noch einiges gestalten zu können. Als Beispiele führte sie den barrierefreien Umbau der Kreisvolkshochschule sowie die Neukonzeption des Zonengrenzmuseums an.

Haushaltspolitisch sei der Landkreis an einem Wendepunkt angekommen stellte **Henning Johns** für die **Gruppe FDP/UWG/ZIEL** fest. Damit sei auch der Gestaltungsspielraum für die Politik deutlich begrenzter. Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung mahnte er an, sich nicht nur auf die großen drei „B's“ – **Buschhaus, Barmke und Breitband** – zu fokussieren: „Auch „Kleinbetriebe wie Bäcker, Schlachter oder Handwerker müssen künftig auf allen Ebenen Unterstützung bekommen“.

Geschlossen versagte die **AfD-Fraktion** dem Haushalt ihre Zustimmung. Im Zentrum der Kritik von **Dr. Jozef Rakicky** standen die Kreisumlage und der **Bedarfszuweisungsfonds** für die Kommunen. Statt einer Senkung der Umlage von 55 auf 53,5 Prozent, wie sie nun mit dem Etat für 2023 beschlossen wurde, hatte die AfD eine Reduzierung auf 53 Prozent gefordert. Im Gegenzug sollte dafür der Bedarfszuweisungsfonds für Gemeinden in Finanznot von bisher 1 Million Euro um die Hälfte auf 500.000 Euro gekürzt werden. Mit weniger **Kreisumlage** sei den Gemeinden besser und gerechter geholfen, argumentierte Rakicky. Denn mit dem Fonds, werde schlechtes Wirtschaften belohnt und gutes bestraft. In einem dritten Punkt hatte die AfD in ihrem Änderungsantrag zum Haushalt 2023 gefordert, die freiwilligen Leistungen um 3 Prozent zu kürzen. „Dieses Geld darf nicht ohne kritische Prüfung verteilt werden und eine **Einzelprüfung** fand in diesem Jahr überhaupt nicht statt.“ Die geforderten Änderungen lehnte der Kreistag mit 33 Nein- zu 3 Ja-Stimmen ab.

Einstimmig hingegen sprach sich das Gremium vor der Verabschiedung des Haushalts für einen gemeinsamen Änderungsantrag von Grünen und CDU aus. Damit wurde der jährliche Zuschuss des Landkreises Helmstedt für die **Fachberatungsstelle „Rückenwind“**, die Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt schützt, um 45.000 Euro auf insgesamt **94.600 Euro** erhöht. „Damit werden wir in die Lage versetzt, eine zweite Fachkraft einzustellen“, dankte Vorstandsvorsitzende Katja Georgi dem Kreistag für die Bewilligung.

Kanthalle wird wieder freigegeben

Eine **gute Nachricht** in Krisenzeiten hatte **Landrat Gerhard Radeck (CDU)** zum Schluss der Sitzung für Helmstedts Sportler parat: Die Helmstedter **Kanthalle** wird nicht länger als Flüchtlingsunterkunft benötigt. „Wir werden sie jetzt so schnell wie möglich zurückbauen“, kündigte er an. Wann genau die Halle wieder **für Sportler freigegeben** werden könne, hänge allerdings davon ab, wie es um den Boden stehe. „Den werden wir uns noch genau ansehen müssen.“ Aktuell sind nur noch 17 Geflüchtete in der Notunterkunft untergebracht, die Zahl der Zuweisungen durch das Land ist zurückgegangen. Wie Kreissprecher Sebastian Dettmer erklärte, soll deshalb künftig nur noch die ehemalige Schule in Esbeck als Notunterkunft vorgehalten werden. Insgesamt lebten derzeit 1435 Geflüchtete im Landkreis Helmstedt.

Mehr wichtige Nachrichten aus dem Landkreis Helmstedt lesen:

- [Mit Fotostrecke: 850 Oldtimer rollen in Schöningen zum Elmdrive ein](#)
- [Rave auf dem Schöninger Marktplatz – Kultur für alle](#)
- [Helmstedt: Radfahrer verletzt – Autofahrerin hatte 1,32 Promille](#)
- [Bei Königslutter könnte 7,8 Hektar großer Solarpark entstehen](#)

Täglich wissen, was in Helmstedt passiert: [Hier kostenlos für den täglichen Helmstedt-Newsletter anmelden!](#)

MEHR LESEN ÜBER

ALLE NEWS AUS DER STADT HELMSTEDT

[ZUR STARTSEITE >](#)

Nachrichtenportale

braunschweiger-zeitung.de
wolfsburger-nachrichten.de
salzgitter-zeitung.de
giffhorne-rundschau.de
helmstedter-nachrichten.de
peiner-nachrichten.de
wolfenbuetteler-zeitung.de
harzkurier.de

Special Interests

standort38.de
szene38.de
neue-braunschweiger.de
neue-helmstedter.de
raketenstart.tv

Marktplätze

immo38.de
job38.de
prospekt38.de
GLOBISTA Reisen
LÖBBIKASSE.de
Aktuelle Anzeigen
Aktuelle Prospekte

Services

trauer38.de
flirt38.de
newcitymedia
Leserreiben
zukunftsforum.org
Cleverdigital
Newsletter
E-Paper
Digital-Abo